

Friedhofssatzung

für den Friedhof der

Evangelischen Kirchengemeinde Kettwig

an der Brederbachstraße

vom 28.11.2012

Der kirchliche Friedhof ist die Stätte, auf der die Kirche ihre verstorbenen Glieder zu Grabe geleitet. Sie gedenkt der Verstorbenen und vertraut sie der Gnade Gottes an. Sie ruft die Lebenden zum Heil in Christus. Sie verkündigt dabei den Tod als Gericht Gottes über alles irdische Wesen und bezeugt die Auferstehung Jesu Christi als Sieg über Sünde und Tod.

Auch zu der Zeit, in der das Evangelium auf dem Friedhof nicht verkündigt wird, ist der Friedhof mit seinen Grabstätten und seinem Schmuck der Ort, an dem die Verkündigung sichtbar bezeugt und der Verstorbenen und des eigenen Todes gedacht wird.

Der kirchliche Friedhof weist auf das christliche Menschenbild hin, das Lebende und Tote in einer Gemeinschaft vor Gott versteht und zugleich die Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit eines jeden Menschen vor Gott betont.

In diesem Sinne achtet die Gemeinde bei der Genehmigung und Gestaltung der Grabmale und sonstiger baulicher Anlagen auf dem Friedhof auch darauf, dass das verwendete Material in seinem Herstellungsprozess ohne ausbeuterische Kinderarbeit gewonnen wurde.

Die Evangelische Kirchengemeinde Kettwig,

vertreten durch das Presbyterium,

erlässt gemäß Artikel 3 Abs. 4 der Kirchenordnung i. V. m. § 49 der Verordnung für die Vermögens- und Finanzverwaltung der Kirchengemeinden, Kirchenkreise und deren Verbände in der Evangelischen Kirche im Rheinland (Verwaltungsordnung – VwO) vom 6. Juli 2001 und § 11 der Verordnung für das Friedhofswesen in der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche vom 15. Juli 2011 die nachstehende Friedhofssatzung.

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Leitung und Verwaltung des Friedhofs
- § 2 Benutzung des Friedhofs
- § 3 Öffnungszeiten
- § 4 Verhalten auf dem Friedhof
- § 5 Grabmal- und Bepflanzungssatzung
- § 6 Zulassung für gewerbliche Arbeiten
- § 7 Gewerbliche Arbeiten
- § 8 Gebühren

II. Grabstätten

- § 9 Nutzungsrechte
- § 10 Ruhezeiten

A. Reihengrabstätten

- § 11 Rechtsverhältnisse an Reihengrabstätten

B. Wahlgrabstätten

- § 12 Rechtsverhältnisse an Wahlgrabstätten
- § 13 Benutzung der Wahlgrabstätten
- § 14 Übergang von Rechten an Wahlgrabstätten
- § 15 Alte Rechte

C. Gemeinsame Bestimmungen

- § 16 Grabgewölbe
- § 17 Belegung, Wiederbelegung, Öffnung der Gräber

- § 18 Aus- und Einbettungen
- § 19 Säрге, Urnen und Trauergebände
- § 20 Herrichtung und Instandhaltung der Grabstätten
- § 21 Vernachlässigung der Grabstätten
- § 22 Dauergrabpflegeverträge
- § 23 Grabmale
- § 24 Zustimmungspflicht für Grabmale und sonstige bauliche Anlagen
- § 25 Instandhaltung der Grabmale
- § 26 Schutz bedeutender Grabmale, Anlagen, Gehölze und Bäume
- § 27 Entfernen von Grabmalen

III. Bestattungen und Feiern

- § 28 Bestattungen
- § 29 Anmeldung der Bestattung
- § 30 Leichenkammer
- § 31 Friedhofskapelle
- § 32 Andere Bestattungsfeiern am Grabe
- § 33 Musikalische Darbietungen
- § 34 Zuwiderhandlungen

IV. Schlussbestimmungen

- § 35 Haftung
- § 36 Öffentliche Bekanntmachung
- § 37 Inkrafttreten

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Leitung und Verwaltung des Friedhofs

- (1) Die Evangelische Kirchengemeinde Kettwig (nachstehend „die Friedhofsträgerin“ genannt) ist Trägerin des Friedhofs an der Brederbachstraße in Essen-Kettwig (nachstehend „der Friedhof“ genannt).
- (2) Leitung, Aufsicht und Verwaltung liegen bei der Friedhofsträgerin. Die Friedhofsträgerin kann einen Friedhofsausschuss bilden oder sich Beauftragter bedienen.
- (3) Die Aufsichtsbefugnisse der Ordnungs- und Gesundheitsbehörden werden hierdurch nicht berührt.
- (4) Im Zusammenhang mit allen Tätigkeiten der Friedhofsverwaltung dürfen personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet, gespeichert und genutzt werden. Eine Datenübermittlung an sonstige Stellen und Personen sind zulässig, wenn
 - a) es zur Erfüllung des Friedhofszwecks erforderlich ist, oder
 - b) die Datenempfänger der Stellen oder Personen ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis der zu übermittelnden Daten glaubhaft darlegen und die betroffenen Personen kein schutzwürdiges Interesse an dem Ausschluss der Übermittlung haben.
- (5) Im Übrigen gilt für die Übermittlung § 13 Kirchengesetz über den Datenschutz in der Evangelischen Kirche in Deutschland (DSG-EKD)

§ 2

Benutzung des Friedhofs

- (1) Der Friedhof ist bestimmt zur Bestattung und Beisetzung (nachstehend „Bestattung“ genannt) der verstorbenen Gemeindemitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde.
- (2) Ferner können auf ihm bestattet werden:
 - a) verstorbene Mitglieder anderer evangelischer Kirchengemeinden,
 - b) verstorbene ortsansässige Angehörige solcher Religionsgemeinschaften, die zur Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland gehören.
- (3) Andere Verstorbene können ausnahmsweise bestattet werden, wenn die Friedhofsträgerin zustimmt.

§ 3

Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist für Besucher während der an den Eingängen ausgehängten Zeiten geöffnet.
- (2) Die Friedhofsträgerin kann den Besuch des Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile bei Vorliegen eines wichtigen Grundes vorübergehend einschränken.

§ 4

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen der Friedhofsträgerin bzw. ihrer Beauftragten sind zu befolgen.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 - a) die Wege mit Kraftfahrzeugen und sonstigen Fahrzeugen (z. B. Fahrrädern/Rollern/Rollerblades/Skateboards) zu befahren. Ausgenommen sind Kinderwagen, Rollstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden (Einzelheiten ergeben sich aus der gem. § 6 dieser Satzung erforderlichen Zulassung),
 - b) Waren aller Art sowie gewerbliche Arbeiten anzubieten und dafür zu werben,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - d) gewerbsmäßig zu fotografieren oder zu filmen,
 - e) Druckschriften ohne Zustimmung der Friedhofsträgerin zu verteilen,
 - f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Plätze abzulegen sowie Abfälle anderer Herkunft auf dem Friedhof zu entsorgen,
 - g) den Friedhof, seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen und Grabstätten unberechtigt zu betreten,
 - h) zu lärmern, zu spielen, zu lagern und sich sportlich zu betätigen,
 - i) Hunde frei laufen zu lassen (Hundekot ist zu beseitigen),
 - j) sich als unbeteiligter Zuschauer während der Bestattungsfeier oder bei Umbettungen störend in unmittelbarer Nähe der Grabstätte aufzuhalten, sowie die Leichenhalle und die Friedhofskapelle unbefugt zu betreten,

- k) Ansprachen und musikalische Darbietungen außerhalb von Bestatungen zu halten,
 - l) Unkrautvernichtungsmittel und chemische Schädlingsbekämpfungsmittel zu verwenden.
- (3) Die Friedhofsträgerin kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und dieser Satzung vereinbar sind. Erforderliche Zustimmungen sind rechtzeitig bei der Friedhofsträgerin schriftlich einzuholen.

§ 5

Grabmal- und Bepflanzungsgrundsätze

Für die Gestaltung der Grabstätten (Grabmal, Einfassung, gärtnerische Gestaltung usw.) hat die Friedhofsträgerin besondere Vorschriften erlassen. Die Vorschriften können für einzelne Teile des Friedhofs unterschiedlich sein.

§ 6

Zulassung für gewerbliche Arbeiten

- (1) Gewerbetreibende benötigen für Tätigkeiten auf dem Friedhof eine vorherige Zulassung durch die Friedhofsträgerin, die Art und Umfang der Tätigkeit festlegt. Die Friedhofsträgerin kann Zulassungsbeschränkungen festlegen.
- (2) Auf ihren Antrag hin werden nur solche Gewerbetreibende zugelassen, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und die Friedhofssatzung sowie die Grabmal- und Bepflanzungssatzung schriftlich anerkennen.
- (3) Bildhauerinnen und Bildhauer, Steinmetzinnen und Steinmetze, Gärtnerinnen und Gärtner bzw. Personen, die sie fachlich vertreten, müssen darüber hinaus die Meisterprüfung in diesem Beruf abgelegt haben oder eine anderweitig mindestens gleichwertige fachliche Qualifikation erworben haben. Bestatterinnen und Bestatter müssen als Gewerbetreibende zugelassen sein.
- (4) Für sonstige Gewerbetreibende wird die Zulassung gesondert geregelt.
- (5) Die Friedhofsträgerin kann Ausnahmen zulassen, soweit keine gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen entgegenstehen.
- (6) Die Friedhofsträgerin stellt für die Zulassung eine Berechtigungskarte aus. Sie kann befristet erteilt werden. Die Gewerbetreibenden und ih-

re Mitarbeitenden haben eine Ablichtung der Berechtigungskarte mit sich zu führen und auf Verlangen der Friedhofsträgerin vorzuzeigen.

- (7) Die Friedhofsträgerin kann die Zulassung schriftlich widerrufen, wenn die Voraussetzungen für die Zulassung nicht mehr vorliegen oder die Gewerbetreibenden gegen die Vorschriften dieser Satzung oder Grabmahl- und Bepflanzungsordnung verstoßen.

§ 7

Gewerbliche Arbeiten

- (1) Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Mitarbeitenden im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen. Der Friedhofsträgerin ist von den Gewerbetreibenden der Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung vorzulegen.
- (2) Gewerbliche Arbeiten dürfen nur werktags innerhalb der ausgehängten Öffnungszeiten ausgeführt werden und Bestattungen nicht stören.
- (3) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern oder stören. Es ist nicht gestattet, dass die Gewerbetreibenden in oder an den Wasserentnahmestellen des Friedhofs die Geräte reinigen.
- (4) Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die bei ihren Arbeiten anfallenden Abfälle vom Friedhof zu entfernen. Die beim Aushub der Fundamente anfallende Erde ist auf dem Friedhof auf den dafür vorgesehenen Ablagestellen zu deponieren.
- (5) Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- (6) Mit Grabmalen und Grabbepflanzungen darf nicht geworben werden. Grabmale dürfen daher nicht mit Firmenschildern versehen werden. Nicht farbig ausgelegte, eingehauene Firmenzeichen bis zu einer Größe von 3 cm sind jedoch an einer Seite in den unteren 15 cm zulässig. Steckschilder für die Grabpflege mit Firmennamen, jedoch ohne Firmenanschrift sind zulässig.

§ 8

Gebühren

Die Friedhofsträgerin erhebt für die Benutzung des Friedhofs und seiner Einrichtungen Gebühren nach der kirchenaufsichtlich und staatlich genehmigten Gebührensatzung.

II. Grabstätten

§ 9

Nutzungsrechte

- (1) Nutzungsrechte an Grabstätten werden unter den in dieser Satzung aufgestellten Bedingungen vergeben. Das Nutzungsrecht kann nur einer natürlichen oder einer juristischen Person übertragen werden. Die Grabstätten bleiben Eigentum der Friedhofsträgerin. An ihnen bestehen nur Rechte nach dieser Satzung.
- (2) Die von der Friedhofsträgerin erstellten Aufteilungspläne werden für die Nutzungsberechtigten zur Einsichtnahme bereitgehalten. Bewerber um ein Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte können anhand dieser Pläne oder gegebenenfalls an Ort und Stelle wählen, welche Grabstätte sie wünschen. Ein Anspruch auf Vergabe oder Verlängerung des Nutzungsrechtes an einer bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.
- (3) Die Friedhofsträgerin vergibt das Nutzungsrecht durch schriftlichen Bescheid. In dem Bescheid wird die genaue Lage der Grabstätte und die Dauer der Nutzungszeit angegeben. Dabei wird darauf hingewiesen, dass sich der Inhalt des Nutzungsrechts nach den Bestimmungen der Friedhofssatzung, der Friedhofsgebührensatzung und einer ggf. vorhandenen Grabmal- und Bepflanzungssatzung richtet.
- (4) Auf dem Friedhof werden Nutzungsrechte vergeben an:
 - a) Wahlgrabstätten für Erdbestattungen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften,
 - b) Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften,
 - c) Rasenreihengrabstätten für Urnenbeisetzungen mit zusätzlichen Gestaltungsvorschriften,
 - d) Reihengrabstätten für Erdbestattungen mit zusätzlichen Gestaltungsvorschriften,
 - e) Reihengrabstätten für Urnenbeisetzungen mit zusätzlichen Gestaltungsvorschriften.
- (5) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Verpflichtung zur gärtnerischen Anlage und zur Pflege der Grabstätten, soweit durch diese Satzung nichts Anderes geregelt ist.
- (6) Nutzungsberechtigte sind verpflichtet, der Friedhofsträgerin unverzüglich jede Änderung ihrer Anschrift mitzuteilen. Für Schäden oder sons-

tige Nachteile, die aus der Unterlassung einer solchen Mitteilung entstehen, ist die Friedhofsträgerin nicht ersatzpflichtig.

- (7) Die Nutzungsberechtigten müssen mit Ablauf der Nutzungszeit der Friedhofsträgerin die Grabstätte in abgeräumtem Zustand übergeben. Wird die Grabstätte nicht abgeräumt übergeben, so werden die Arbeiten von der Friedhofsträgerin auf Kosten der bisherigen Nutzungsberechtigten Person durchgeführt. Die Friedhofsträgerin ist nicht verpflichtet, die abgeräumten Pflanzen und baulichen Anlagen aufzubewahren.
- (8) Das Nutzungsrecht kann entzogen werden, wenn die in der Friedhofsgebührensatzung festgesetzten Gebühren nicht entrichtet werden. Die Entziehung des Nutzungsrechtes setzt voraus, dass die Beitreibung der Gebühren im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens erfolglos durchgeführt worden ist.
- (9) Die Bestimmungen des Abs. 7 gelten nicht für Reihen- und Wahlgemeinschaftsgrabstätten nach § 11 und § 12 dieser Satzung.

§ 10

Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit für die Erdbestattung von Totgeburten und Fehlgeburten beträgt 25 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit für die Erdbestattung von Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr beträgt 25 Jahre.
- (3) Die Ruhezeit für die Erdbestattung von Verstorbenen vom vollendeten 5. Lebensjahr an beträgt 25 Jahre.
- (4) Die Ruhezeit für Urnenbeisetzungen beträgt 25 Jahre.

A. Reihengrabstätten

§ 11

Rechtsverhältnisse an Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten, die im Bestattungsfall für Erdbestattungen oder Urnenbeisetzungen einzeln nach der Reihe für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden.
- (2) Reihengrabfelder werden eingerichtet für:

1. Rasenreihengrabstätten

- a) Eine Urne kann auf einer Rasenreihengrabstätte beigesetzt werden, welche im Bestattungsfall der Reihe nach vergeben wird.
- b) Diese Grabstätten werden für Beisetzungen von Urnen mit einer Ruhezeit von 25 Jahren eingerichtet, wobei je Grabstätte lediglich eine Urne beigesetzt werden kann.
- c) Die Friedhofsträgerin sorgt dafür, dass die Kennzeichnung und Wiederauffindbarkeit jeder Grabstätte durch eine beschriftbare Steinplatte gewährleistet ist. Inhalt und Form von Beschriftungsmöglichkeiten werden von der Friedhofsträgerin festgelegt.

2. Rasendoppelurnengrabstätten

- a) Zwei Urnen können auf einer Rasendoppelurnengrabstätte beigesetzt werden, die im Bestattungsfall der Reihe nach vergeben wird.
- b) Diese Grabstätten werden für Beisetzungen von je zwei Urnen mit einer Ruhezeit von je 25 Jahren eingerichtet. Überschreitet bei der 2. Belegung (2. Urne) die Ruhezeit die noch laufende Nutzungszeit, so ist das Nutzungsrecht für die zur Wahrung der Ruhezeit notwendigen vollen Jahre sofort nachzukaufen.
- c) Die Friedhofsträgerin sorgt dafür, dass die Kennzeichnung und Wiederauffindbarkeit jeder Grabstätte durch eine beschriftbare Steinplatte gewährleistet ist. Inhalt und Form von Beschriftungsmöglichkeiten werden von der Friedhofsträgerin festgelegt.

3. Gemeinschaftsgrabstätten für Urnenbeisetzungen

- a) Eine Urne wird auf einem dafür vorgesehenen Gemeinschaftsgrab beigesetzt.
- b) Auf dem Gemeinschaftsgrab wird eine Stele errichtet, auf der die Angaben der oder des Verstorbenen eingraviert werden. Die genaue Lage der Urne selbst wird nicht bekannt gegeben.

4. Gemeinschaftsgrabstätten für Erdbestattungen

- a) Ein Sarg wird auf einem dafür vorgesehenen Gemeinschaftsgrab beigesetzt.
- b) Auf dem Gemeinschaftsgrab wird eine Stele errichtet, auf der die Angaben der oder des Verstorbenen eingraviert werden. Die genaue Lage des Sarges selbst wird nicht bekannt gegeben.

(3) In einer Reihengrabstätte darf nur eine Leiche oder eine Urne beigesetzt werden (ausgenommen Rasendoppelurnengrabstätten).

- (4) Die Nutzung an einer Reihengrabstätte erlischt mit Ablauf der in dieser Satzung festgesetzten Ruhezeit. Die Ruhezeit kann nicht verlängert werden. Weitere Nutzungsrechte werden nicht vergeben.
- (5) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird sechs Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht. Eine Benachrichtigung der Nutzungsberechtigten Personen erfolgt nicht.
- (6) Die Anlage und Unterhaltung der Reihengrabstätten erfolgt für die Dauer der Ruhezeit durch die Friedhofsträgerin. Die Friedhofsträgerin legt auf jede Grabstätte eine einheitliche Grabplatte oder errichtet eine Gemeinschaftsstele. Als Inschrift werden Vor- und Zuname sowie geburts- und Sterbedatum der Verstorbenen aufgenommen. Außer der von der Friedhofsträgerin aufgelegten Grabplatte oder der Gemeinschaftsstele darf kein weiteres Gedenkzeichen aufgelegt werden. Ein Anspruch, die Grabstätte individuell zu pflegen und zu gestalten sowie Grabschmuck auf der Grabstätte abzulegen, besteht nicht. Die Friedhofsträgerin kann eine besondere Stelle ausweisen, an der Grabschmuck abgelegt werden kann. Die Friedhofsträgerin behält sich vor, den Grabschmuck von der ausgewiesenen Stelle in regelmäßigen Abständen zu entsorgen. Sofern Grabschmuck an einer nicht besonders ausgewiesenen Stelle abgelegt wird, wird vor jeder Unterhaltungsmaßnahme dieser Grabschmuck von der Friedhofsträgerin abgeräumt und entsorgt. Eine Bestattung in den vorgenannten Grabstätten kann nur auf schriftlichen Antrag erfolgen. Ein Anspruch auf Bestattung in diesen Grabstätten besteht nicht.

B. Wahlgrabstätten

§ 12

Rechtsverhältnisse an Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten, die besonders angelegt und einzeln (Einzelwahlgrabstätte) oder zu mehreren (Familienwahlgrabstätten) für eine die Ruhezeit überschreitende Nutzungszeit vergeben werden. Vor Ablauf der Nutzungszeit kann das Nutzungsrecht auf Antrag der Nutzungsberechtigten Person verlängert werden.
- (2) Für die Nutzungsfläche eines Grabes in einer Wahlgrabstätte gelten folgende Abmessungen:
- | | | |
|-------------------|--------------|---------------|
| • Erdbestattungen | Länge 2,50 m | Breite 1,25 m |
| • Urnenbeisetzung | Länge 0,50 m | Breite 0,50 m |

- (3) Ein Grab in einer Wahlgrabstätte für Erdbestattungen darf nur wie folgt belegt werden:
- mit einem Sarg
 - mit bis zu zwei Urnen
 - mit einem Sarg und bis zu zwei Urnen.
- Ein Grab in einer Wahlgrabstätte für Urnenbeisetzungen darf nur mit bis zu zwei Urnen beigesetzt werden.
- (4) Maße auf alten Grabfeldern werden hiervon nicht berührt.
- (5) Vor Ablauf der Ruhezeit ist eine Wiederbelegung des Grabes nicht zulässig.
- (6) Die Nutzungszeit wird auf 25 Jahre festgesetzt.
- (7) Die Friedhofsträgerin weist die nutzungsberechtigte Person drei Monate vor Ablauf des Nutzungsrechts durch schriftliche Benachrichtigung oder, wenn eine solche Benachrichtigung nicht erfolgen kann, durch öffentliche Bekanntmachung auf das Ende des Nutzungsrechts hin.
- (8) Überschreitet bei einer weiteren Belegung oder Wiederbelegung eines Grabes die neu begründete Ruhezeit die laufende Nutzungszeit, so ist das Nutzungsrecht um die zur Wahrung der Ruhezeit notwendigen vollen Jahre für die gesamte Wahlgrabstätte zu verlängern.
- (9) Eine Verlängerung des Nutzungsrechts an einer Wahlgrabstätte kann von der Friedhofsträgerin verweigert werden, wenn eine Umgestaltung des Friedhofs zur Erfüllung des Friedhofszweckes erforderlich ist oder wenn gesetzliche Auflagen Wiederbelegungen ausschließen.
- (10) Ein Anspruch der nutzungsberechtigten Person auf Rücknahme des Nutzungsrechts durch die Friedhofsträgerin und auf Erstattung von Gebühren besteht nicht. Die Friedhofsträgerin kann das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte zurücknehmen, wenn keine Ruhefristen mehr zu berücksichtigen sind. Eine Rücknahme ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Die Friedhofsträgerin kann Ausnahmen zulassen, wenn diese mit dem Friedhofszweck vereinbar sind.

§ 13

Benutzung der Wahlgrabstätten

- (1) In Wahlgrabstätten werden Nutzungsberechtigte und ihre Angehörigen bestattet.
- (2) Als Angehörige im Sinne dieser Bestimmung gelten:
- a) Ehegatten,

- b) Lebenspartner nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
 - c) Verwandte auf- und absteigender Linie, sowie Geschwister, Stiefgeschwister und deren Kinder,
 - d) die Ehegatten und eingetragenen Lebenspartner der unter c) bezeichneten Personen.
- (3) Auf Wunsch der nutzungsberechtigten Person können darüber hinaus mit Zustimmung der Friedhofsträgerin auch andere Verstorbene bestattet werden.
- (4) Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsträgerin.

§ 14

Übergang von Rechten an Wahlgrabstätten

- (1) Die nutzungsberechtigte Person kann ihr Nutzungsrecht nur einer berechtigten Person im Sinne von § 13 übertragen.
- (2) Bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll für den Fall des Todes der nutzungsberechtigten Person die Nachfolge im Nutzungsrecht geregelt werden.
- (3) Wird bis zum Tod der nutzungsberechtigten Person keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen der nutzungsberechtigten Person mit deren Zustimmung über:
- a) Ehegatten,
 - b) Lebenspartner nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
 - c) Verwandte auf- und absteigender Linie, sowie Geschwister, Stiefgeschwister und deren Kinder,
 - d) die Ehegatten und eingetragenen Lebenspartner der unter c) bezeichneten Personen.

Sind keine Angehörigen der Gruppe a) bis d) vorhanden oder zu ermitteln, so kann das Nutzungsrecht mit Zustimmung der Friedhofsträgerin auch von einer anderen Person übernommen werden.

- (4) Die Rechtsnachfolgerin oder der Rechtsnachfolger hat der Friedhofsträgerin den Übergang des Nutzungsrechts unverzüglich anzuzeigen. Die Übertragung des Nutzungsrechts wird der neuen nutzungsberechtigten Person schriftlich bestätigt. Solange das nicht geschehen ist, können Bestattungen nicht verlangt werden. Wird die Übernahme des

Nutzungsrechts der Friedhofsträgerin nicht schriftlich innerhalb einer Frist von drei Monaten angezeigt, so gilt das Nutzungsrecht als erloschen.

- (5) Ist keine Person zur Übernahme des Nutzungsrechts bereit, so endet das Nutzungsrecht an der Grabstätte.

§ 15

Alte Rechte

- (1) Für Wahlgrabstätten, über die die Friedhofsträgerin bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richtet sich das Nutzungsrecht nach den bei der Vergabe gültig gewesenen Vorschriften. Die Gestaltung der Grabstätte richtet sich nach dieser Satzung.
- (2) Nutzungsrechte von unbegrenzter oder unbestimmter Dauer, die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung entstanden sind, werden auf eine Nutzungszeit nach § 12 Abs. 6 dieser Satzung seit Erwerb begrenzt. Sie enden jedoch nicht vor Ablauf der Ruhezeit der letzten Bestattung oder vor Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Satzung.

C. Gemeinsame Bestimmungen

§16

Grabgewölbe

- (1) Das Ausmauern von Grabstätten ist unzulässig.
- (2) Vorhandene Grabgewölbe sollen nicht weiter belegt werden.

§ 17

Belegung, Wiederbelegung, Öffnung der Gräber

- (1) Die bei einer Bestattung aus Sicherheitsgründen erforderlichen Beseitigungen von Grabmalen, baulichen Anlagen und Bepflanzungen sind von der nutzungsberechtigten Person rechtzeitig zu veranlassen. Sofern diese Beseitigungen nicht bis spätestens 24 Stunden vor der Bestattung erfolgen, kann die Friedhofsträgerin die Bestattung verweigern.
- (2) In einem Sarg darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist zulässig, eine verstorbene Frau mit ihrem ebenfalls verstorbenen neugeborenen Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Geschwister im Alter bis zu einem Jahr in einem Sarg zu bestatten.

- (3) Vor Ablauf der in dieser Friedhofssatzung festgesetzten Ruhezeiten darf ein Grab nicht wiederbelegt werden.
- (4) Sargteile, Gebeine oder Urnenreste, die beim Ausheben gefunden werden, sind unter der Sohle des neu aufgeworfenen Grabes zu versenken. Das Grab ist sofort wieder zu schließen, sofern noch nicht verwesene Leichen vorgefunden werden.
- (5) Ein Grab darf nur mit Zustimmung der Friedhofsträgerin und der zuständigen Ordnungsbehörde oder aufgrund richterlicher Anordnung geöffnet werden.

§ 18

Aus- und Einbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Aus- und Einbettungen von Leichen und Urnen sind ausnahmsweise bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zulässig. Hierzu ist die vorherige Zustimmung der Friedhofsträgerin sowie der zuständigen Ordnungsbehörde erforderlich.
- (3) Ausbettungen aus einer Reihengrabstätte zur Einbettung in eine andere Reihengrabstätte sind nicht zulässig.
- (4) Aus- und Einbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag. Antragsberechtigt sind die Angehörigen. Die schriftliche Zustimmung der nutzungsberechtigten Person ist beizufügen.
- (5) Aus- und Einbettungen werden von der Friedhofsträgerin durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Aus- und Einbettung. Aus- und Einbettungen von Erdbestattungen finden in der Regel nur in den Monaten Dezember bis Mitte März statt. Im ersten Jahr der Ruhezeit werden Ausbettungen nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses ausgeführt.
- (6) Die antragstellende Person trägt die Kosten der Aus- und Einbettung. Sie haftet für Schäden, die durch Aus- und Einbettung entstehen.
- (7) Der Ablauf der Ruhezeit wird durch die Aus- und Einbettungen nicht unterbrochen oder gehemmt.

§ 19

Särge, Urnen und Trauergebände

- (1) Bestattungen sind in Särgen, Beisetzungen sind in Urnen vorzunehmen.

- (2) Die Särge für Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr dürfen höchstens 2,10 m lang und die Kopfenden einschließlich Sargfüße nicht höher als 0,80 m und im Mittelmaß 0,70 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsträgerin bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (3) Särge für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr müssen so bemessen sein, dass ihre Einsenkung in die nach § 11 vorgesehene Grabstätte möglich ist.
- (4) Särge müssen gegen das Durchsickern von Feuchtigkeit gesichert und genügend fest gearbeitet sein.
- (5) Särge, Sargausstattungen, Sargabdichtungen, Urnen, Urnenkapseln und Totenbekleidung müssen aus verrottbarem Material bestehen. Nicht verrottbare Materialien werden zurückgewiesen.
- (6) Das Einsenken von Särgen in Gräber, in denen sich Schlamm oder Wasser befindet, ist unzulässig.
- (7) Särge, Urnen und Überurnen müssen so beschaffen sein, dass die chemische, physikalische und biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachteilig verändert wird.
- (8) Trauergebilde und Kränze müssen aus natürlichen, biologischen, verrottbaren Materialien hergestellt sein. Gebilde und Kränze mit Kunststoffen sind nach der Trauerfeier durch die Nutzungsberechtigte Person oder deren Beauftragte zu entfernen. Kunststoffe sind auch als Verpackungsmaterial nicht erlaubt.

§ 20

Herrichtung und Instandhaltung der Grabstätten

- (1) Jede Wahlgrabstätte ist spätestens 6 Monate nach dem Erwerb des Nutzungsrechts sowie nach jeder Bestattung für die Dauer des Nutzungsrechts so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck erfüllt ist und die Würde des Friedhofs gewahrt bleibt. Die Grabstätten sind so zu bepflanzen, dass andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigt werden. Die Gehölze auf der Grabstätte dürfen eine Höhe von 1,50 m und die Grenzen der Grabstätte nicht überschreiten. Das Pflanzen von Bäumen ist nicht gestattet.
- (2) Die Abgrenzungen der Grabstätten zu Wegen und Anlagen werden von der Friedhofsträgerin aus einheitlichem Material angelegt.
- (3) Die Verwendung von Kunststoffen für die Grabgestaltung und als Grabschmuck ist untersagt.

- (4) Abfälle sind in den dafür vorgesehenen Behältern zu entsorgen.
- (5) Das Abdecken der Grabstätte mit Materialien, die die Belüftung und Bewässerung des Erdreichs verhindern, ist verboten.
- (6) Zweckentfremdete Behältnisse und Arbeitsgeräte dürfen nicht auf der Grabstätte aufbewahrt werden.
- (7) Das Aufstellen von Bänken und anderen Sitzgelegenheiten auf der Grabstätte ist genehmigungspflichtig.

§ 21

Vernachlässigung der Grabstätten

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat die nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsträgerin die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch öffentliche Bekanntmachung und durch einen auf drei Monate befristeten Hinweis an der Grabstätte auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen.
- (2) Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsträgerin die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. Vor dem Entzug des Nutzungsrechts bzw. vor Herrichtung der Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person ist diese noch einmal schriftlich aufzufordern, die Grabstätte unverzüglich in Ordnung zu bringen. In der Androhung sind die voraussichtlichen Kosten zu benennen. In dem Entziehungsbescheid wird die nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.
- (3) Die nutzungsberechtigte Person ist in der schriftlichen Aufforderung oder in der öffentlichen Bekanntmachung auf die für sie maßgeblichen Rechtsfolgen des Abs. 2 Satz 1 hinzuweisen. In dem Entziehungsbescheid ist der Hinweis zu geben, dass das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen entschädigungslos in die Verfügungsgewalt der Friedhofsträgerin fallen und die Kosten der Abräumung die nutzungsberechtigte Person zu tragen hat.
- (4) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die nutzungsberechtigte Person nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsträgerin den Grabschmuck entfernen. Die Friedhofsträgerin kann

das abgeräumte Material nach Ablauf einer Frist von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Aufforderungsbescheides entsorgen.

§ 22

Dauergrabpflegeverträge

Zur Grabpflege können Dauergrabpflegeverträge abgeschlossen werden.

§ 23

Grabmale

Gestaltung und Inschrift der Grabmale dürfen nichts enthalten, was das christliche Empfinden verletzt oder der Würde des Ortes entgegensteht.

§ 24

Zustimmungspflicht für Grabmale und sonstige bauliche Anlagen

- (1) Das Aufstellen und jedes Verändern von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsträgerin. Die Zustimmung kann mit Auflagen erteilt werden. Mit der Durchführung dürfen nur zugelassene Bildhauerinnen und Bildhauer oder Steinmetzinnen und Steinmetze beauftragt werden.
- (2) Die Zustimmung zur Errichtung oder Änderung ist rechtzeitig vor Vergabe des Auftrages unter Vorlage von Zeichnungen im Maßstab 1:10 und mit genauen Angaben über Art und Bearbeitung des Werkstoffes, über Inhalt, Form und Anordnung der Inschrift und des Symbols einzuholen. Bei Änderungen sind zusätzlich Fotografien der vorhandenen Grabmale einzureichen. Soweit diese Unterlagen für die Beurteilung nicht ausreichen, müssen Zeichnungen in größerem Maßstab oder Modelle sowie Proben des Werkstoffes und der vorgesehenen Bearbeitung vorgelegt werden. Das Errichten der Grabmale muss entsprechend der Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein Akademie e. V. mit Sitz in 56727 Mayen erfolgen.
- (3) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet worden ist.
- (4) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen, die ohne Zustimmung errichtet oder verändert und nicht genehmigungsfähig sind, werden auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person entfernt.

- (5) Entspricht die Ausführung des Grabmals oder die sonstige bauliche Anlage nicht dem genehmigten Antrag und ist sie nicht genehmigungsfähig, wird der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Abänderung oder Beseitigung des Grabmals oder der sonstigen baulichen Anlage gesetzt. Nach Ablauf der Frist wird das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage auf Kosten der nutzungsberechtigten Person von der Grabstätte entfernt und zur Abholung bereitgestellt. Die Friedhofsträgerin ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen aufzubewahren. Die Friedhofsträgerin kann Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen nach Ablauf einer Frist von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Aufforderungsbescheides entsorgen.
- (6) Provisorische Grabzeichen dürfen als naturlasierte Holzstele oder Holzkreuz bis zu einer Höhe von 0,80 m für einen Zeitraum von zwei Jahren nach der Bestattung gesetzt werden.
- (7) Bei der Anlieferung von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen ist der Friedhofsträgerin der Bescheid und ein Nachweis über die Zahlung der Gebühr vorzulegen. Einzelheiten über das Anliefern und Aufstellen von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen sind mit der Friedhofsträgerin abzustimmen.

§ 25

Instandhaltung der Grabmale

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist die nutzungsberechtigte Person als Eigentümerin des Grabmals und der sonstigen baulichen Anlagen.
- (2) Mängel bezüglich der Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon hat die nutzungsberechtigte Person unverzüglich durch auf dem Friedhof zugelassene Gewerbetreibende beseitigen zu lassen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung haftet die nutzungsberechtigte Person für den Schaden. Wenn keine unmittelbare Gefahr besteht, erhält die nutzungsberechtigte Person eine schriftliche Aufforderung zur Befestigung oder Beseitigung.
- (3) Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so ist auf die erforderliche Instandsetzung durch einen dreimonatigen Hinweis auf der Grabstätte und durch öffentliche Bekanntmachung hinzuweisen. Kommt die nutzungsberechtigte Person der Aufforderung der Befestigung oder Beseitigung nicht nach, kann die Friedhofsträgerin am Grabmal oder an den sonstigen bauli-

chen Anlagen Sicherungsmaßnahmen auf Kosten der nutzungsberechtigten Person vornehmen lassen.

- (4) Bei unmittelbarer Gefahr ist die Friedhofsträgerin berechtigt, ohne vorherige Aufforderung an die nutzungsberechtigte Person das Grabmal auf deren Kosten umzulegen oder andere geeignete Maßnahmen durchzuführen. Die nutzungsberechtigte Person erhält danach eine Aufforderung, die Grabstätte oder das Grabmal wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Geschieht dies nicht, kann die Friedhofsträgerin die notwendigen Arbeiten durchführen oder das Grabmal entfernen lassen. Die entstehenden Kosten hat die nutzungsberechtigte Person zu tragen. Die Friedhofsträgerin kann Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen nach Ablauf einer Frist von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Aufforderungsbescheides entsorgen.

§ 26

Schutz bedeutender Grabmale, Anlagen, Gehölze und Bäume

- (1) Künstlerisch oder geschichtlich bedeutende Grabmale und Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofs gelten, unterstehen dem besonderen Schutz der Friedhofsträgerin. Sie werden als erhaltenswerte Grabmale oder Anlagen in einem Verzeichnis der Friedhofsträgerin geführt und dürfen nur mit Zustimmung der kirchlichen Aufsichtsbehörde verändert und entfernt werden.
- (2) Bei eingetragenen denkmalwerten Grabmalen und Anlagen im Sinne des Denkmalschutzgesetzes ist bei Veränderungen zusätzlich die Erlaubnis der Unteren Denkmalbehörde einzuholen.
- (3) An Grabstätten mit künstlerisch oder geschichtlich bedeutenden Grabmalen und Anlagen, die frei von Nutzungsrechten und Ruhefristen sind, können neue Nutzungsrechte nur vergeben werden, wenn sich die zukünftige nutzungsberechtigte Person zur Restaurierung sowie zur laufenden Unterhaltung der Grabstätten verpflichtet.
- (4) Gehölze und Bäume haben eine besondere Bedeutung auf dem Friedhof. Nutzungsberechtigte haben keinen Anspruch auf Beseitigung von Bäumen, Pflanzen und Hecken.

§ 27

Entfernen von Grabmalen

- (1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen dürfen vor Ablauf der Nutzungszeit nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Friedhofsträgerin entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf des Nutzungsrechtes sind die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen durch die nutzungsberechtigte Person zu entfernen. Werden die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen nicht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Nutzungsrechts entfernt, kann die Friedhofsträgerin die Grabmale oder sonstigen baulichen Anlagen auf Kosten der nutzungsberechtigten Person entfernen lassen. Die Friedhofsträgerin kann Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen nach Ablauf einer Frist von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Aufforderungsbescheides entsorgen. Die Friedhofsträgerin haftet nicht für Schäden an Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen, die durch Entfernung entstehen können.
- (3) Bei erhaltens- und denkmalwerten Grabmalen ist § 26 zu beachten.

III. Bestattungen und Feiern

§ 28

Bestattungen

- (1) Die kirchliche Bestattung ist eine gottesdienstliche Handlung. Den Zeitpunkt legt die Friedhofsträgerin im Einvernehmen mit den Angehörigen und der zuständigen Pfarrerin oder dem zuständigen Pfarrer fest.
- (2) Den Zeitpunkt einer nichtkirchlichen Bestattung legt die Friedhofsträgerin im Einvernehmen mit den Angehörigen fest.
- (3) Bei Bestattung durch eine andere Pfarrerin oder einen anderen Pfarrer ist die Friedhofsträgerin zu informieren. Die Bestimmungen der Kirchenordnung über die Erteilung eines Erlaubnisscheins (Dimissoriale) bleiben unberührt.

§ 29

Anmeldung der Bestattungen

- (1) Die Bestattung ist unverzüglich bei der Friedhofsträgerin unter Vorlage der Bescheinigung des Standesamtes über die Beurkundung des

Todesfalles oder des Bestattungserlaubnisscheines der Ordnungsbehörde schriftlich anzumelden. Bei Urnenbeisetzungen ist zusätzlich die Einäscherungsurkunde vorzulegen. Die Bestattung kann frühestens zwei Arbeitstage nach der Anmeldung erfolgen. Die Anmeldevordrucke der Friedhofsträgerin sind zu verwenden. Dabei ist die Anmeldung der Bestattung durch die antragstellende Person zu unterschreiben. Ist die antragstellende Person nicht nutzungsberechtigt an der Grabstätte, so hat auch die nutzungsberechtigte Person durch ihre Unterschrift ihr Einverständnis zu erklären. Ist die nutzungsberechtigte Person an einer Wahlgrabstätte verstorben, so hat die künftige nutzungsberechtigte Person durch ihre Unterschrift die Übernahme des Nutzungsrechts in der Anmeldung schriftlich zu beantragen.

- (2) Wird eine Bestattung nicht rechtzeitig mit den erforderlichen Unterlagen bei der Friedhofsträgerin angemeldet, so ist die Friedhofsträgerin berechtigt, den Bestattungstermin bis zur Vorlage der erforderlichen Angaben und Unterlagen auszusetzen. Werden die erforderlichen Unterschriften nicht geleistet, kann die Bestattung nicht verlangt werden.

§ 30

Leichenkammer

- (1) Die Leichenkammer dient zur Aufbewahrung der Verstorbenen bis zu deren Bestattung und der Aschenurnen bis zu deren Beisetzung. Die Aufbewahrung der Leichen erfolgt in Särgen. Die Kammer und die Särge dürfen nur im Einvernehmen mit der Friedhofsträgerin geöffnet und geschlossen werden. Die Särge sind rechtzeitig vor Beginn der Trauerfeier oder der Bestattung endgültig zu schließen. Für die Aufbewahrung von Leichen gilt das Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz – BestG NRW) vom 17. Juni 2003 in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Jede Leichenkammer und jeder Sarg ist mit den Angaben über Namen und Wohnort der verstorbenen Person sowie dem Namen des Bestattungsunternehmens zu versehen.
- (3) Särge, in denen an anzeigepflichtigen Krankheiten verstorbene Personen liegen, dürfen nur mit Zustimmung des zuständigen Gesundheitsamtes geöffnet werden.
- (4) Die Friedhofsträgerin übernimmt die Grunddekoration der Leichenkammer. Zusätzliche Dekorationen sind mit der Friedhofsträgerin abzustimmen.

§ 31

Friedhofskapelle

- (1) Die Friedhofskapelle dient bei der kirchlichen Bestattung als Stätte der Verkündigung.
- (2) Die Friedhofsträgerin gestattet die Benutzung der Kapelle durch Religionsgemeinschaften, die zur Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland gehören.
- (3) Die Benutzung der Kapelle durch andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsträgerin. Bei den Trauerfeiern darf der christliche Glaube nicht verunglimpft werden. Christliche Symbole in der Kapelle dürfen nicht verdeckt, verändert oder entfernt werden und weitere Symbole nicht verwendet werden.
- (4) Die Benutzung der Kapelle kann versagt werden, wenn die verstorbene Person an einer meldepflichtigen, übertragbaren Krankheit gelitten hat.
- (5) Die Friedhofsträgerin übernimmt die Grunddekoration der Kapelle. Zusätzliche Dekorationen sind mit der Friedhofsträgerin abzustimmen.

§ 32

Andere Bestattungsfeiern am Grab

- (1) Bestattungsfeiern anderer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften am Grab sowie Ansprachen am Grab bedürfen der Zustimmung der Friedhofsträgerin.
- (2) Kränze können mit kurzen Widmungsworten, soweit diese nicht widerchristlichen Inhalts sind, nach Abschluss der Bestattungsfeier an der Grabstätte niedergelegt werden.
- (3) Kranzschleifen dürfen keine Inschriften widerchristlichen Inhalts haben; andernfalls können solche Schleifen entfernt werden.

§ 33

Musikalische Darbietungen

- (1) Für besondere musikalische Darbietungen bei Bestattungsfeiern in der Friedhofskapelle und auf dem Friedhof ist vorher die Zustimmung der Friedhofsträgerin einzuholen.

- (2) Besondere Feierlichkeiten auf dem Friedhof (einschließlich Musikdarbietungen) außerhalb einer Bestattungsfeierlichkeit bedürfen der rechtzeitig einzuholenden Zustimmung der Friedhofsträgerin.

§ 34

Zuwiderhandlungen

Wer den Bestimmungen dieser Friedhofssatzung zuwiderhandelt, kann durch eine beauftragte Person der Friedhofsträgerin zum Verlassen des Friedhofs veranlasst, gegebenenfalls durch die Friedhofsträgerin wegen Hausfriedensbruch angezeigt werden.

IV. Schlussbestimmungen

§ 35

Haftung

Die Friedhofsträgerin haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung des Friedhofs, seiner Anlagen und Einrichtungen, durch dritte Personen, durch Tiere oder durch höhere Gewalt entstehen.

§ 36

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Diese Friedhofssatzung und alle Änderungen hierzu bedürfen zu ihrer Gültigkeit der öffentlichen Bekanntmachung.
- (2) Diese erfolgt im vollen Wortlaut als Aushang im Schaufenster der Friedhofsgärtnerei Blumen Hackmann. Ferner besteht die Möglichkeit zur Einsichtnahme im Gemeindeamt, Hauptstr. 83, zu den Öffnungszeiten sowie dauerhaft auf der Webseite der Kirchengemeinde www.ev-kirche-kettwig.de.
- (3) Die Veröffentlichung der Friedhofssatzung wird durch Inserat im Kettwig-Kurier und Kanzelabkündigung bekannt gemacht.

§ 37

Inkrafttreten

- (1) Diese Friedhofssatzung und alle Änderungen treten jeweils am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofssatzung tritt die bisherige Friedhofssatzung vom 07.11.2007 außer Kraft.

Essen, den 28.11.2012

Das Presbyterium der
Evangelischen Kirchengemeinde Kettwig

Siegel

Christiane Wittenschläger, Pfarrerin
Vorsitzende

Hans-Werner Löckenhoff
Presbyter

Grabmal- und Bepflanzungssatzung

für den Friedhof der

Evangelischen Kirchengemeinde Kettwig

an der Brederbachstraße

vom 28.11.2012

Grabmal- und Bepflanzungsgrundsätze gem. § 5 der Friedhofssatzung

I. Werkstoff, Größe, Fundament, Einfassungen

1. Das Grabmal muss in Form und Werkstoff gut gestaltet und gut bearbeitet sein und sich seiner Umgebung sowie den Größenverhältnissen der Grabstätte anpassen. Die Friedhofsträgerin kann für einzelne Teile des Friedhofes besondere Vorschriften über Größe, Werkstoff und Art der Ausführung erlassen; diese Vorschriften sind öffentlich bekannt zu geben.

2. Das Grabmal erhält seinen Wert und seine Wirkung durch Güte und werkgerechte Bearbeitung des Werkstoffes, durch schöne Formen und durch die Verwendung guter Schrift- und Schmuckzeichen. Falls eine Farbgebung der Inschrift erforderlich ist, hat sie in einer dem Stein angepassten Tönung zu erfolgen.
Grelle Metalleinlagen sind nicht zulässig. Der zur Herstellung des Grabmals verwendete Werkstoff muss wetterbeständig sein. Bei der Wahl des Werkstoffes muss auf die Farbenharmonie des Friedhofes geachtet werden.

3. Nicht gestattet sind:
 - a) Natursteinsockel, die sich in Werkstoff und Farbe vom Grabmal selbst unterscheiden,
 - b) Kunststeinsockel unter Natursteingrabmalen,
 - c) Grabmäler und Einfassungen aus gegossener oder nicht gemäß den Vorschriften des Abschnittes II, 3 behandelter Zementmasse,
 - d) Terrazzo oder schwarzer Kunststein,
 - e) aufgetragener ornamentaler oder figürlicher Schmuck in Zement oder Gips,
 - f) Ölfarbenanstrich auf Steingrabmälern und Einfassungen,
 - g) Nachbildungen von Findlingen, Felsgrotten und Mauerwerk,
 - h) Porzellanarbeiten (z. B. Engel) und Glaskugeln,
 - i) Lichtbilder,
 - j) volle oder teilweise Abdeckung der Gräber mit Steinplatten.

4. Ein Grabmal soll in der Regel nicht breiter sein als die halbe Breite der Grabstätte. Die Höhe muss der Form des Grabmals entsprechend gewählt werden; sie soll einschließlich Sockel auf kleineren und mittleren Grabstätten 1,50 m nicht überschreiten. Auf Grabfeldern, die durch Hecken eingefasst sind, darf die Höhe des Grabmals einschließlich So-

ckel 1,30 m nicht überschreiten. Kreuze, die die Kreuzform in klarem Umriss zum Ausdruck bringen, dürfen höhere Maße aufweisen; auch sie sollen einschließlich Sockel jedoch nicht höher als 1,80 m sein.

Auf Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:

- a) stehende Grabmale mit rechteckigem oder rundem Grundriss:
Höhe bis 0,60 m
- b) liegende Grabmale mit rechteckigem Grundriss:
Länge bis 0,50 m, Breite bis 0,50 m, Höhe der hinteren Kante 0,20 m

5. Wandartige Grabmale und Grabgebäude sind auf Grabfeldern nicht gestattet. Ob an anderer Stelle, mit Rücksicht auf die Umgebung, solche Anlagen zu rechtfertigen sind, bedarf der besonderen Prüfung und Genehmigung der Friedhofsträgerin.
6. Steineinfassungen von Grabstätten sind nur auf solchen Grabfeldern gestattet, die von der Friedhofsträgerin dafür freigegeben sind. Es dürfen verwendet werden: Kanteneinfassungen aus Ruhrsandstein oder einem in Form und Farbe (hellgrau) gleichen Kunststein (Betonstein) mit einer Breite von 8 cm und einer Höhe von 20 cm. Plattenband aus Ruhrsandstein oder einem in Form und Farbe (hellgrau) gleichen Kunststein (Betonstein) mit einer Breite von 25 cm.
7. Jedes Grabmal muss dauerhaft gegründet sein. Seine Einzelteile müssen durch eine ausreichende Anzahl (mindestens zwei) Dübel bzw. Anker von genügender Länge miteinander verbunden sein. Alle Grabmale auf Wahlgräbern über 1 m Höhe erhalten aus technischen Gründen zweckmäßige Fundamente bis unter die Grabsole. Die Grenzen der Grabstätten dürfen nicht überschritten, der für das Aufstellen der Särge benötigte Raum dabei nicht beeinträchtigt werden.

II. Wahl und Bearbeitung des Werkstoffes

Für die Wahl und Bearbeitung des Werkstoffes gelten nachstehende Bedingungen:

- 1. Die Verwendung von tiefschwarzen oder diesen gleich zuachtenden dunklen Werkstoffen in spiegelnd polierter Bearbeitung sowie von grellweißen Werkstoffen ist nicht gestattet.

2. Zur Erzielung eines guten Bildes ist das Grabmal auf allen sichtbaren Seiten gleichartig zu bearbeiten.
3. Kunststein darf nur verwendet werden bei Herstellung von zerkleinerten reinen Natursteinkörnungen. Auch der Kernbeton muss gebrochenes Natursteinmaterial bei sachgemäßer Kernzusammenstellung enthalten. Die Oberfläche des Kunststeines darf nicht geschliffen, sondern muss handwerksgerecht behandelt werden.

III. Herrichtung und Bepflanzung der Grabstätten, Behandlung der Graboberflächen

1. Die Gräber sind innerhalb von sechs Wochen nach ihrer Belegung abzuräumen und sauber herzurichten. Die erste Herrichtung der Gräber (Grabstätten) – Aufhügelung und Belegung der Graboberfläche bzw. der Seitenwände (soweit Grabhügel vorgesehen sind) – erfolgt durch die Friedhofsträgerin auf Kosten der oder des Nutzungsberechtigten.
2. Die Friedhofsträgerin kann für den gesamten Friedhof oder für bestimmte Teile desselben besondere Bestimmungen über die Aufhügelung, das Belegen oder Ansäen mit Rasen, das Anpflanzen von winterfesten Bodendeckern, Sträuchern und Hecken sowie die Behandlung der Graboberfläche erlassen; sie sind öffentlich bekannt zu geben. Bei Verstoß gegen diese Bestimmungen kann die Friedhofsträgerin die Anlagen auf Kosten der oder des Nutzungsberechtigten entfernen lassen.
3. Besondere gärtnerische Anlagen auf den Gräbern unterliegen der gleichen Genehmigungspflicht wie Grabmale.
4. Die Gestaltung und Bepflanzung der einzelnen Grabstätte ist bestimmend für die Wirkung der Grabfelder und somit des gesamten Friedhofes. Es ist daher von allen Nutzungsberechtigten besonderer Wert und besondere Sorgfalt auf die gärtnerische Ausgestaltung und die dauernde Pflege der Gräber zu legen. Für den regelmäßigen Schnitt vorhandener Hecken ist zu sorgen. Das Pflanzen neuer Hecken zur Einfassung von Grabstätten ist nicht zulässig. Die (teilweise) Abdeckung der Grabfläche mit Kies ist nicht zulässig. Es sollen keine Pflanzen in Kübeln über der Erde aufgestellt, auch keine Pflanzenbecken am Grabmal angebracht werden. Die Gießkannen und andere Geräte dürfen nicht auf der Grabstätte untergebracht sein.

5. Die Friedhofsträgerin bestimmt, an welchen Stellen mit Rücksicht auf die Gestaltung des Friedhofes Bäume zu pflanzen und dauernd zu erhalten sind. Die Anlieger haben die dadurch evtl. eintretende Beeinträchtigung ihrer Grabstätten zu dulden.

Essen, den 28.11.2012

Das Presbyterium der
Evangelischen Kirchengemeinde Kettwig

Siegel
Christiane Wittenschläger, Pfarrerin
Vorsitzende

Hans-Werner Löckenhoff
Presbyter

Friedhofsgebührensatzung

für den Friedhof der

Evangelischen Kirchengemeinde Kettwig

an der Brederbachstraße

vom 28.11.2012

Die Evangelische Kirchengemeinde Kettwig,

vertreten durch das Presbyterium,

erlässt gemäß Artikel 3 Abs. 4 der Kirchenordnung i. V. m. § 49 der Verordnung für die Vermögens- und Finanzverwaltung der Kirchengemeinden, Kirchenkreise und deren Verbände in der Evangelischen Kirche im Rheinland (Verwaltungsordnung – VwO) vom 6. Juli 2001 und § 12 der Verordnung für das Friedhofswesen in der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche vom 15. Juli 2011 die nachstehende Friedhofsgebührensatzung.

Friedhofsgebührensatzung

§ 1

Gebührenpflicht

- (1) Für die Benutzung des Friedhofs und seiner Bestattungseinrichtungen sowie für weitere Leistungen der Friedhofsverwaltung werden nach Maßgabe dieser Satzung Gebühren erhoben.
- (2) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Erbringung der Leistung. Die Friedhofsträgerin ist berechtigt, eine Vorauszahlung in angemessener Höhe auf Gebühren für die beantragten Leistungen zu verlangen.
- (3) Werden beantragte Leistungen nur teilweise in Anspruch genommen, so ist dennoch die volle Gebühr zu entrichten.
- (4) Wird von der Benutzung des Friedhofes und seiner Bestattungseinrichtungen nach Beantragung Abstand genommen, sind die Aufwendungen zu ersetzen, die der Friedhofsträgerin entstanden sind.

§ 2

Gebührensschuldner

- (1) Zur Zahlung der Gebühren ist die nutzungsberechtigte Person oder die Person verpflichtet, in deren Auftrag der Friedhof oder die Bestattungseinrichtungen benutzt werden.
- (2) Wird die Gebühr von mehreren Personen geschuldet, so haftet jede einzelne Person als Gesamtschuldnerin.

§ 3

Fälligkeit der Gebühren und Widerspruch

- (1) Die Festsetzung der Gebühren erfolgt durch einen schriftlichen Gebührenbescheid. Dieser wird der Gebührenschuldnerin oder dem Gebührenschuldner durch einen einfachen Brief bekannt gegeben.
- (2) Die Gebühren sind mit Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig, sofern im Gebührenbescheid nicht eine spätere Fälligkeit festgesetzt ist.
- (3) Sofern die fälligen Gebühren nicht entrichtet worden sind, kann die Friedhofsträgerin Bestattungen und Leistungen verweigern.
- (4) Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 4 Bestattungsgebühren

Bestattungsgebühren:

Erdbestattung

von Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr € 738,00

von Verstorbenen ab dem 6. Lebensjahr € 870,00

Urnenbeisetzung € 250,00

Die allgemeine Gebühr umfasst das Herrichten und Zuschütten der Grabstätte, das Vorhalten von einfachen Senktüchern, das Grabstättenzeichen und die erste Aufhügelung.

Wahlweise weitere Bestattungsgebühren:

Nutzung der Friedhofskapelle € 125,00

Herrichtung der Friedhofskapelle € 85,00

Nutzung der Ruhekammer bis 5 Tage € 100,00

Orgelnutzung € 18,00

Orgelspiel € 30,00

§ 5 Grabgebühren

1. Wahlgräber:

Wahlgrab Sarg (1 Sarg + 2 Urnen) € 1.450,00

Wahlgrab Urne (2 Urnen) € 875,00

2. Reihengräber als Grüne Gräber:

Rasenreihengrab Urne € 1.250,00

Doppelreihengrab Urne € 1.900,00

Gemeinschaftsgrab Urne € 1.200,00

Gemeinschaftsgrab Sarg € 1.900,00

Die Gebühren verstehen sich je Grabstätte für 25 Jahre Nutzungsrecht. Die Grünen Gräber sind jeweils mit Gravur, Stele bzw. Grabplatte und gärtnerischer Pflege.

Diese Gebühren sind sowohl beim erstmaligen Erwerb als auch beim Wiedererwerb (Erneuerung, Verlängerung) zu entrichten. Überschreitet bei einer Belegung oder Wiederbelegung von Wahlgrabstätten die Ruhezeit die noch laufende Nutzungszeit, so ist das Nutzungsrecht für die zur Wahrung der Ruhezeit notwendigen vollen Jahre sofort zu verlängern. In

diesem Falle ist der genannte Jahresbetrag mit der Zahl der Jahre zu multiplizieren, die bis zum Ablauf der Ruhezeit nötig sind.

Bei Wahlgrabstätten mit mehreren Grabstätten (Familienwahlgrabstätten) ist ein entsprechendes Vielfaches dieser Gebühren zu entrichten.

§ 6

Genehmigungsgebühren

Grabmal / Einfassungen für Wahlgräber / Reihengräber	€	62,00
Ergänzende Arbeiten am vorhandenen Grabmal	€	24,00

§ 7

Gebühren für Umbettungen:

(1) Innerhalb des Friedhofs:

von Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	€	1.140,00
von Verstorbenen ab dem 6. Lebensjahr	€	2.270,00
Urnen	€	840,00

(2) Zur Beisetzung auf anderen Friedhöfen:

von Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	€	555,00
von Verstorbenen ab dem 6. Lebensjahr	€	1.170,00
Urnen	€	330,00

(3) Von anderen Friedhöfen:

von Verstorbenen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	€	580,00
von Verstorbenen ab dem 6. Lebensjahr	€	1.105,00
Urnen	€	520,00

Die Stadt Essen erhebt Gebühren für die Genehmigungen.

§ 8

Sonstige Gebühren

Zweitausfertigungen von Graburkunden	€	24,00
Zulassung von Gewerbetreibenden für die Dauer von einem Jahr	€	30,00
Ausstellung einer Berechtigungskarte für Gewerbetreibende für die Dauer von einem Jahr	€	20,00

§ 9
Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Diese Friedhofsgebührensatzung und alle Änderungen hierzu bedürfen zu ihrer Gültigkeit der öffentlichen Bekanntmachung.
- (2) Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen gemäß § 36 der Friedhofsatzung der Kirchengemeinde vom 28.11.2012.

§ 10
Inkrafttreten

- (1) Diese Friedhofsgebührensatzung und alle Änderungen treten gemäß § 36 der Friedhofssatzung der Kirchengemeinde vom 28.11.2012 in Kraft.

Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung tritt die bisherige Friedhofsgebührenordnung vom 07.11.2007 außer Kraft

Essen, den 28.11.2012

Das Presbyterium der
Evangelischen Kirchengemeinde Kettwig

Siegel

Christiane Wittenschläger, Pfarrerin
Vorsitzende

Hans-Werner Löckenhoff
Presbyter

Grabmal- und Bepflanzungssatzung

für den Friedhof der

Evangelischen Kirchengemeinde Kettwig

an der Brederbachstraße

vom 28.11.2012

Grabmal- und Bepflanzungsgrundsätze gem. § 5 der Friedhofssatzung

I. Werkstoff, Größe, Fundament, Einfassungen

1. Das Grabmal muss in Form und Werkstoff gut gestaltet und gut bearbeitet sein und sich seiner Umgebung sowie den Größenverhältnissen der Grabstätte anpassen. Die Friedhofsträgerin kann für einzelne Teile des Friedhofes besondere Vorschriften über Größe, Werkstoff und Art der Ausführung erlassen; diese Vorschriften sind öffentlich bekannt zu geben.

2. Das Grabmal erhält seinen Wert und seine Wirkung durch Güte und werkgerechte Bearbeitung des Werkstoffes, durch schöne Formen und durch die Verwendung guter Schrift- und Schmuckzeichen. Falls eine Farbgebung der Inschrift erforderlich ist, hat sie in einer dem Stein angepassten Tönung zu erfolgen.
Grelle Metalleinlagen sind nicht zulässig. Der zur Herstellung des Grabmals verwendete Werkstoff muss wetterbeständig sein. Bei der Wahl des Werkstoffes muss auf die Farbenharmonie des Friedhofes geachtet werden.

3. Nicht gestattet sind:
 - a) Natursteinsockel, die sich in Werkstoff und Farbe vom Grabmal selbst unterscheiden,
 - b) Kunststeinsockel unter Natursteingrabmalen,
 - c) Grabmäler und Einfassungen aus gegossener oder nicht gemäß den Vorschriften des Abschnittes II, 3 behandelter Zementmasse,
 - d) Terrazzo oder schwarzer Kunststein,
 - e) aufgetragener ornamentaler oder figürlicher Schmuck in Zement oder Gips,
 - f) Ölfarbenanstrich auf Steingrabmälern und Einfassungen,
 - g) Nachbildungen von Findlingen, Felsgrotten und Mauerwerk,
 - h) Porzellanarbeiten (z. B. Engel) und Glaskugeln,
 - i) Lichtbilder,
 - j) volle oder teilweise Abdeckung der Gräber mit Steinplatten.

4. Ein Grabmal soll in der Regel nicht breiter sein als die halbe Breite der Grabstätte. Die Höhe muss der Form des Grabmals entsprechend gewählt werden; sie soll einschließlich Sockel auf kleineren und mittleren Grabstätten 1,50 m nicht überschreiten. Auf Grabfeldern, die durch Hecken eingefasst sind, darf die Höhe des Grabmals einschließlich So-

ckel 1,30 m nicht überschreiten. Kreuze, die die Kreuzform in klarem Umriss zum Ausdruck bringen, dürfen höhere Maße aufweisen; auch sie sollen einschließlich Sockel jedoch nicht höher als 1,80 m sein.

Auf Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:

- a) stehende Grabmale mit rechteckigem oder rundem Grundriss:
Höhe bis 0,60 m
- b) liegende Grabmale mit rechteckigem Grundriss:
Länge bis 0,50 m, Breite bis 0,50 m, Höhe der hinteren Kante 0,20 m

5. Wandartige Grabmale und Grabgebäude sind auf Grabfeldern nicht gestattet. Ob an anderer Stelle, mit Rücksicht auf die Umgebung, solche Anlagen zu rechtfertigen sind, bedarf der besonderen Prüfung und Genehmigung der Friedhofsträgerin.
6. Steineinfassungen von Grabstätten sind nur auf solchen Grabfeldern gestattet, die von der Friedhofsträgerin dafür freigegeben sind. Es dürfen verwendet werden: Kanteneinfassungen aus Ruhrsandstein oder einem in Form und Farbe (hellgrau) gleichen Kunststein (Betonstein) mit einer Breite von 8 cm und einer Höhe von 20 cm. Plattenband aus Ruhrsandstein oder einem in Form und Farbe (hellgrau) gleichen Kunststein (Betonstein) mit einer Breite von 25 cm.
7. Jedes Grabmal muss dauerhaft gegründet sein. Seine Einzelteile müssen durch eine ausreichende Anzahl (mindestens zwei) Dübel bzw. Anker von genügender Länge miteinander verbunden sein. Alle Grabmale auf Wahlgräbern über 1 m Höhe erhalten aus technischen Gründen zweckmäßige Fundamente bis unter die Grabsole. Die Grenzen der Grabstätten dürfen nicht überschritten, der für das Aufstellen der Särge benötigte Raum dabei nicht beeinträchtigt werden.

II. Wahl und Bearbeitung des Werkstoffes

Für die Wahl und Bearbeitung des Werkstoffes gelten nachstehende Bedingungen:

- 1. Die Verwendung von tiefschwarzen oder diesen gleich zuachtenden dunklen Werkstoffen in spiegelnd polierter Bearbeitung sowie von grellweißen Werkstoffen ist nicht gestattet.

2. Zur Erzielung eines guten Bildes ist das Grabmal auf allen sichtbaren Seiten gleichartig zu bearbeiten.
3. Kunststein darf nur verwendet werden bei Herstellung von zerkleinerten reinen Natursteinkörnungen. Auch der Kernbeton muss gebrochenes Natursteinmaterial bei sachgemäßer Kernzusammenstellung enthalten. Die Oberfläche des Kunststeines darf nicht geschliffen, sondern muss handwerksgerecht behandelt werden.

III. Herrichtung und Bepflanzung der Grabstätten, Behandlung der Graboberflächen

1. Die Gräber sind innerhalb von sechs Wochen nach ihrer Belegung abzuräumen und sauber herzurichten. Die erste Herrichtung der Gräber (Grabstätten) – Aufhügelung und Belegung der Graboberfläche bzw. der Seitenwände (soweit Grabhügel vorgesehen sind) – erfolgt durch die Friedhofsträgerin auf Kosten der oder des Nutzungsberechtigten.
2. Die Friedhofsträgerin kann für den gesamten Friedhof oder für bestimmte Teile desselben besondere Bestimmungen über die Aufhügelung, das Belegen oder Ansäen mit Rasen, das Anpflanzen von winterfesten Bodendeckern, Sträuchern und Hecken sowie die Behandlung der Graboberfläche erlassen; sie sind öffentlich bekannt zu geben. Bei Verstoß gegen diese Bestimmungen kann die Friedhofsträgerin die Anlagen auf Kosten der oder des Nutzungsberechtigten entfernen lassen.
3. Besondere gärtnerische Anlagen auf den Gräbern unterliegen der gleichen Genehmigungspflicht wie Grabmale.
4. Die Gestaltung und Bepflanzung der einzelnen Grabstätte ist bestimmend für die Wirkung der Grabfelder und somit des gesamten Friedhofes. Es ist daher von allen Nutzungsberechtigten besonderer Wert und besondere Sorgfalt auf die gärtnerische Ausgestaltung und die dauernde Pflege der Gräber zu legen. Für den regelmäßigen Schnitt vorhandener Hecken ist zu sorgen. Das Pflanzen neuer Hecken zur Einfassung von Grabstätten ist nicht zulässig. Die (teilweise) Abdeckung der Grabfläche mit Kies ist nicht zulässig. Es sollen keine Pflanzen in Kübeln über der Erde aufgestellt, auch keine Pflanzenbecken am Grabmal angebracht werden. Die Gießkannen und andere Geräte dürfen nicht auf der Grabstätte untergebracht sein.

5. Die Friedhofsträgerin bestimmt, an welchen Stellen mit Rücksicht auf die Gestaltung des Friedhofes Bäume zu pflanzen und dauernd zu erhalten sind. Die Anlieger haben die dadurch evtl. eintretende Beeinträchtigung ihrer Grabstätten zu dulden.

Essen, den 28.11.2012

Das Presbyterium der
Evangelischen Kirchengemeinde Kettwig

Siegel
Christiane Wittenschläger, Pfarrerin
Vorsitzende

Hans-Werner Löckenhoff
Presbyter